



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion

Hier: Neubau der 380 KV-Leitung zwischen Dortmund Kruckel und Betzdorf-Dauersberg

Beratungsfolge:

20.08.2015 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag

Ansichts der sich aktuell ändernden Rechtslage lehnt der Rat der Stadt Hagen die im Planfeststellungsverfahren vorgestellte Realisierung ab und fordert eine Neubearbeitung der Pläne für die genannte Höchstspannungstrasse mit dem Ziel, insbesondere in der Nähe dicht bebauter Wohngebiete die Verlegung von Erdkabeln zu realisieren.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Interessen der Stadt Hagen in diesem Sinne mit hoher Priorität und besonderem Nachdruck zu vertreten.

Kurzfassung

Begründung

Siehe Anlage



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

10. August 2015

Neubau der 380 KV-Leitung zwischen Dortmund Kruckel und Betzdorf-Dauersberg"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um Aufnahme des og.Antrages gem. §6, Abs. 1 GeschO
für die Sitzung des Rates am 20. August 2015.

Beschlussvorschlag:

Angesichts der sich aktuell ändernden Rechtslage lehnt der Rat der Stadt Hagen die im Planfeststellungsverfahren vorgestellte Realisierung ab und fordert eine Neubearbeitung der Pläne für die genannte Höchstspannungstrasse mit dem Ziel, insbesondere in der Nähe dicht bebauter Wohngebiete die Verlegung von Erdkabeln zu realisieren.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Interessen der Stadt Hagen in diesem Sinne mit hoher Priorität und besonderem Nachdruck zu vertreten.

Begründung:

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens liegen die Planungsunterlagen für den Abschnitt von Dortmund bis Garenfeld vom 28.7. bis 27.8.2015 zur Einsichtnahme aus. Einwendungen gegen die Planungen können noch bis zwei Wochen nach der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Interessen der Stadt Hagen und vieler ihrer Einwohner sind von diesem Vorhaben betroffen. Bereits im Rahmen des vorausgegangenen Raumordnungsverfahrens wurde dieses deutlich. Das bisherige Planungs-Verfahren stützt sich auf gesetzliche Grundlagen, die eine Trassierung nahezu ausschließlich durch Freileitungen vorgeben. Aktuelle Gesetzesänderungen rücken von dieser Vorgabe ab. Nicht zuletzt zur Sicherung größerer Akzeptanz in der Bevölkerung sollen verstärkt Erdkabel verbaut werden. Die Möglichkeit, auf Hagener Stadtgebiet so zu verträglicheren Lösungen zu kommen, soll auf jeden Fall ergriffen und mit besonderem Nachdruck verfolgt werden.

Mit freundlichem Gruß

Mark Krippner
SPD-Fraktionsvorsitzende